

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 2. Juni 2025

Dossier Nr. 11483, - «Rundschau» vom 24. April 2025 – «Tausende gefälschte Pässe in der Schweiz im Umlauf»

Sehr geehrter Herr XY

<https://www.srf.ch/news/schweiz/gefaelschte-ausweise-tausende-gefaelschte-paesse-in-der-schweiz-im-umlauf>

Mit Mail vom 29. April 2025 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt:

«Vor einigen Tagen habe ich eine Sendung auf SRF gesehen, bei der es um die Aus- und Weiterbildung des Personals bei den Gemeinden, bei der Einwohnerkontrolle ging und wie man am Zoll Fälschungen von Ausweisen entdeckt.

Die Erkenntnis, dass das Personal bei der Einwohnerkontrolle gut geschult werden muss, weil sich dort die neuen Bewohner einer Gemeinde anmelden, sollte eigentlich schon lange klar sein. Ist für mich keine neue Erkenntnis.

Wenn man den Leuten aufzeigt, wie man mit Hilfe von KI etc. den kriminellen Ausweisfälscher auf die Spur kommt und so die Produktionszellen ausheben kann, ist auch OK.

Was aus meiner Sicht nicht OK ist, wenn man zeigt wo und wie man Fälschungen erkennen kann.

Diese Betrugs-Leute „schlafen“ nicht und schauen auch solche Sendungen und können die gefälschten Ausweise noch besser herstellen.

Ist eher Kontraproduktiv. So etwas darf sicher nie mehr vorkommen!

Was ist Ihre Ansicht dazu?»

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Wir können die Bedenken des Beanstanders nachvollziehen, kommen aus folgenden Gründen aber zu einem anderen Schluss:

Viele Menschen, auch in Behörden, unterschätzen die Professionalität heutiger Fälschungen. Durch solche Reportagen wird das Bewusstsein für das Problem geschärft – das ist besonders bei Mitarbeitenden in Gemeinden, Polizei oder an Flughäfen wichtig. Solche Informationssendungen können auch politisch etwas bewegen – etwa Forderungen nach Aus- und Weiterbildung oder Investitionen in technische Hilfsmittel wie KI, Datenabgleichsysteme etc. Genau das löst die Sendung ein, wie der Hinweis der Moderatorin am Schluss der Reportage zeigt: Das Staatssekretariat für Migration sieht einen Handlungsbedarf bei Gemeinden und Behörden und will bis Ende Jahr Vorschläge machen.

Tatsächlich ist die Grenze zwischen Aufklärung und ungewollter «Nachhilfe für Täter» heikel. Wie in der Reportage aber auch gezeigt wird, sind es selten Einzelpersonen, die sich dem Fälschen von Dokumenten widmen, sondern Fälscherwerkstätte. Es ist kaum anzunehmen, dass die gezeigten operativen Details zur Fälschungserkennung dazu führen, dass die Fälschungen noch schwerer zu erkennen sind. Professionelle Fälscher werden wissen, worauf es ankommt und wie man Fälschungen auf die Schliche kommt. Dass «Newcomer» sich aufgrund der Reportage entschliessen könnten, es auch einmal mit Fälschungen zu versuchen, ist deshalb kaum anzunehmen.

Die Ombudsstelle stellt sich insgesamt auf den Standpunkt, dass die Aufklärungsarbeit durch die gezeigte Reportage gegenüber der «Nachhilfe» überwiegt und demzufolge **kein Verstoss gegen die innere Sicherheit gemäss Art. 4 Abs. 3 des Radio- und Fernsehgesetzes vorliegt.**

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz